

An:

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Mai 2016

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,

in wenigen Tagen stimmt das Bundeskabinett über den Nationalen Aktionsplan (NAP) „Wirtschaft und Menschenrechte“ ab.

Als Bundeskanzlerin haben Sie dabei die Gelegenheit, Unternehmen zu verpflichten, die Menschen- und Arbeitsrechte im globalen Geschäftsverkehr einzuhalten.

Ich fordere Sie daher dazu auf, dass die Bundesregierung ein Gesetz erarbeitet, das

- deutsche Unternehmen dazu verpflichtet, die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt entlang der gesamten Lieferkette zu identifizieren, negativen Auswirkungen entgegenzuwirken sowie eingetretene Schäden zu beheben (Sorgfaltspflicht),
- klarstellt, dass Unternehmen für eingetretene Schäden haftbar gemacht werden können, wenn sie die Einhaltung dieser Sorgfaltspflicht nicht nachweisen können,
- Betroffenen aus dem Ausland ermöglicht, deutsche Unternehmen wegen der Verletzung der gebührenden menschenrechtlichen Sorgfalt vor deutschen Gerichten verklagen zu können.

Bitte nutzen Sie die Möglichkeit, Menschen- und Arbeitsrechte weltweit besser zu schützen und für Unternehmen klare Vorgaben sowie Rechtssicherheit zu schaffen!

Mit freundlichen Grüßen,

Name und Vorname

PLZ und Ort (optional)

Unterschrift